

## **Antrag**

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann, Dr. Von Gimborn** und **Dr. Machacek**

betreffend: **Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

Gerade die Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der Türkei, das kontinuierliche Vorgehen gegen Erdogan-kritische Journalisten, die Blockade unabhängiger Nachrichtenportale, die Entlassung von tausenden Lehrern, Professoren, Beamten, Anwälten, Richtern, Polizisten und Teilen des Militärs, die Ausreiseverweigerung gegenüber Akademikern und die Rückbeordnung von jenen, die sich im Ausland aufhalten, verdeutlichen, dass sich die Demokratie-Auffassung der Türkei von jener der EU massiv unterscheidet.

Wie nunmehr auch Bundeskanzler Christian Kern sowie Außenminister Sebastian Kurz eingesehen haben, reichen die demokratischen Standards der Türkei bei Weitem nicht für einen EU-Beitritt aus. Auch die Volkswirtschaftskraft der Türkei liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt, der Westen finanziert das Leistungsdefizit der Türkei.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, dass diese sich auf EU-Ebene dafür einsetzt, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend abgebrochen werden.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Europaausschuss zuzuweisen.